

Stellungnahme der GFA-Stadtratsfraktion zum Haushalt 2016 in der Sitzung des Stadtrates am 21.04.2016

(Rede der Fraktionsvorsitzenden Sigrid Griesel – es gilt das gesprochene Wort-)

Frau Ratsvorsitzende, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

als unsere Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder auf die schon damals absehbaren Haushaltsrisiken hingewiesen hat, wurden wir von der Mehrheitsgruppe aus SPD/Grüne/GAP aber auch von Vertretern der CDU und der AWG mehrheitlich als Schwarzmalerei belächelt, die das alles einfach nicht überblicken. Und dies, obwohl wir unsere Berechnungen immer sehr detailliert und für alle nachvollziehbar begründet und mit Fakten unterlegt haben.

Heute wissen wir aber alle, dass das mit jedem weiteren Jahr immer deutlicher werdende Ausmaß der bisherigen mehrheitlich mitgetragenen Finanzpolitik sogar noch weitaus schlimmer ist, als wir es mit unseren eher konservativen Berechnungen ermittelt haben. Und trotzdem hat unsere Fraktion unbeirrt auch in diesem Jahr versucht, dazu beizutragen, die Finanzsituation zu verbessern, in dem wir Einsparungsvorschläge in Millionen Höhe gemacht haben. Dabei ist aus unserer Sicht von besonderer Bedeutung, dass diese Einsparungsvorschläge zu keinerlei negativen Auswirkungen für unsere Bevölkerung geführt hätten.

Und, anders als die CDU, haben wir das ursprünglich von unserem Ratskollegen Hendrik Siebolds aus der Taufe geholte Projekt des sozialen Wohnungsbaus positiv gesehen, denn endlich wird einmal direkt etwas für Menschen in dieser Stadt getan, die einkommensmäßig benachteiligt sind. Denn die derzeitige Zinssituation führt unweigerlich dazu, dass der Markt es nicht regeln wird und auch nicht kann. Sonst würden wir auch, wie die CDU es tut, auf die Marktmechanismen setzen. Aus Sicht eines Investors ist die Investition in Eigentumswohnungen einfach lukrativer als eine in den sozialen Wohnungsbau. Also ist es angesichts des Bedarfs durchaus Aufgabe der öffentlichen Hand, hier regelnd einzugreifen. Das kann eigentlich nicht strittig sein.

Und ich erlaube mir durchaus die kritische Feststellung, dass die geplanten Mittel für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von 12 Mio. € in vier Jahren tatsächlich nur einen Bruchteil der Investitionen in und um das EEZ ausmachen. Und wer dem zugestimmt hat kann doch nicht ernsthaft eine soziale Investition mit nachweisbarem Bedarf in Frage stellen, ohne sich fragen zu lassen, wo seine Bedenken denn vor 4 Jahren waren? Denn dass das EEZ unter dem Strich keine Gewinne machen sondern eine Dauerbelastung für den Haushalt der Stadt darstellen wird, stand doch längst fest.

Allerdings, über das „Wie“ des städt. sozialen Wohnungsbaus muss man sich natürlich noch genau unterhalten.

Ich bitte alle Ratsmitglieder schon heute eindringlich: Keine neue Gesellschaft mit teurem Geschäftsführer und teurem Verwaltungsapparat, auch keine Beteiligung an einer Bürgergesellschaft.... machen Sie es einfach selbst mit dem vorhandenen Personal im Rathaus und behalten Sie den direkten Einfluss. Das wird funktionieren, da bin ich mir sicher.

Wenn wir heute trotzdem dem Haushalt nicht zustimmen so hat das natürlich damit zu tun, dass, wenn man sozialen Wohnungsbau trotz der angespannten Haushaltslage will, man die Prioritäten verändern und neue Schwerpunkte setzen muss. Das heißt dann aber, dass an anderer Stelle eingespart werden muss. Und genau das passiert hier in Aurich noch immer nicht. Die Mehrheit der SPD/Grüne/GaP will einfach **a l l e s** und sie weiß genau, dass unsere Stadt das finanziell nicht leisten kann.

Und wenn wir von Einsparungen reden, meinen wir „Verzicht“ und nicht „Verschieben“.

Dabei wäre es jetzt wirklich einfach:

Sparen wir uns den Wanderweg am EEZ und auch den Ausbau der dortigen eigentlich sogar auf rd. 100.000 Besuchern ausgelegte Gastronomie, so haben wir die erste Million schon zusammen. Sparen wir dann den Saunaausbau und das neue Solebecken im de Baalje, so haben wir weitere 2 Mio. € gefunden. Und dabei sind die Einsparungen bei den Folgekosten nicht einmal enthalten.

Und sparen wir dann noch möglicherweise wünschenswerte aber durchaus verzichtbare Straßenausbauten und noch ein paar Kleinigkeiten, so sind schnell weitere 2,5 Millionen gefunden. Und wenn wir uns dann noch von den Stadtwerkeplänen verabschieden, so fließen schätzungsweise 6 Mio. € in die Stadtkasse zurück.

Alles in allem mehr als 12 Millionen €. Das ist zufällig der gesamte Betrag, der für den sozialen Wohnungsbau bis 2019 vorgesehen ist.

Es geht also, meine sehr geehrten Damen und Herren und, was wir noch wichtiger finden, es tut nicht einmal weh!

Ich sagte aber schon, dass die SPD/Grüne/GaP geführte Mehrheit des Rates aber **a l l e s** will.

Nun gut, dann sieht die Realität also vor, dass unser Schuldenstand weiter ansteigt und am Ende des Jahres 2018 (und das sind nur noch zweieinhalb Jahre!) etwa bei 75-78 Millionen € liegt, mit weiter steigender Tendenz in den Folgejahren! Die Folgekosten für unsere Prestigeobjekte werden auch weiter ansteigen und uns noch Jahrzehnte begleiten. Ich sage Ihnen schon heute voraus, Sie werden es nicht einmal schaffen, die normalen Personalkostensteigerungsraten von durchschnittlich 2-2,5 % aufzufangen.

Das mag man ja noch immer nicht wirklich problematisch finden, ja, wenn man einen Plan hat. Und das macht uns nun wirklich Sorgen, einen Plan haben Sie nicht, jedenfalls haben Sie diesen in den Haushaltsberatungen nicht vorgestellt. Sie warten einfach mal ab.

Und dies, obwohl mittlerweile sogar die Verwaltung in ihrem Vorbericht zum Haushalt keine günstige Prognose für die nächsten Jahre mehr zeichnet. Weder im investiven Bereich noch bei den laufenden Ausgaben. Ganz im Gegenteil, die Verwaltung fordert die Politik nachdrücklich zum Sparen auf. Für mich grenzt das angesichts der Vorschläge der Vergangenheit an Realsatire, dennoch ist es der Versuch, die zukünftige Entwicklung aufzuzeigen.

Und dies alles auch noch vor dem Hintergrund des Verlustes von Arbeitsplätzen in unserer Region bei großen Arbeitgebern, der durchaus schon heute erkennbar wird, darüber habe ich mich erst gestern beim Landkreis informiert. Und dann auch noch vor dem Hintergrund der ansteigenden Altersarmut in unserer Region, die übrigens auch schon deutlich erkennbar ist. Die dem Kreistag angehörenden Mitglieder Ihrer Fraktionen wissen das alles!

Und die demografische Entwicklung kennen wir auch schon, darauf muss ich nicht mehr eingehen.

Das passt einfach alles nicht zusammen! Und es ist eine Binsenwahrheit, dass derjenige, der nicht auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagiert, dann von der Realität eingeholt wird. Sie tun aber immer noch so, als hätte sich die Situation im Auricher Haushalt nicht drastisch verschlechtert.

Als Mehrheitsgruppe keinen Plan zu haben, ist aber eine mittlere Katastrophe, denn Sie müssen sich durchaus anrechnen lassen, für dieses Desaster die Hauptverantwortung zu tragen.

Oder ist Ihr Plan nicht öffentlichkeitstauglich, jedenfalls nicht 5 Monate vor der Kommunalwahl?

Wann wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern denn die unschöne Wahrheit sagen? Irgendeine Wahl ist doch immer, in diesem Jahr Kommunalwahl, im nächsten Bundestagswahl und im übernächsten Landtagswahl! Also wann stellen Sie die Einsparungen und weiteren Gebührenerhöhungen, die alle Bürger treffen werden, vor? Wann erklären Sie, wie Sie die Folgen dieser drastischen Verschuldung meistern wollen?

Wir jedenfalls haben uns dieser Aufgabe mit Ihnen zusammen stellen wollen. Das hat leider wieder einmal nicht funktioniert.

Keinen Plan zu haben und einfach so weiter zu machen und auf das Prinzip „Hoffnung“ zu setzen ist für uns keine Alternative. Denn das heißt ja auch, wertvolle Zeit zu verlieren und es einfach der nachfolgenden Politikergeneration zu überlassen. Verantwortungsvolles Handeln sieht aus unserer Sicht anders aus.

Deshalb stimmen wir diesem Haushalt auch nicht zu. Wir werden uns aber auch zukünftig konstruktiven Lösungsvorschlägen nicht verschließen, falls wir dann irgendwann doch noch davon hören.